

## Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Gender Budgeting stärken – Geschlechtergerechten Haushalt konsequent umsetzen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, mit dem Instrument des geschlechtergerechten Haushalts noch stärker als bisher die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern.

Der Senat wird aufgefordert, einen Maßnahmenplan zur Umsetzung eines geschlechtergerechten Haushalts zu entwickeln, der die Implementierung effektiver Controlling-Instrumente beinhaltet, und folgende Aspekte zu prüfen:

- die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für finanzwirksame und strukturelle Konsequenzen aus den gewonnenen Daten durch die Controlling-Instrumente;
- die Einrichtung eines Referates „Gender Budgeting“ in der Senatsverwaltung für Finanzen;
- die verbindliche Ausweitung der Erhebungen von Gender-Informationen auf alle möglichen Titel des Landeshaushalts sowie alle Bezirksprodukte;
- die damit verbundene Ausweisung von geschlechtssensitiven Daten unter Angabe des Geschlechterverhältnisses (männlich/weiblich/divers) – absolut und relativ -, der jeweiligen Ressourcenverteilung und des angestrebten angemessenen Geschlechterverhältnisse; dabei sind konkrete Maßnahmen zur Erreichung der Zielzahlen zu benennen;
- die Erweiterung der Personaldarstellung nach Geschlechtern um konkrete Maßnahmen zur Schließung von Lohnungleichheiten zwischen den Geschlechtern („Equal Pay“);
- die Entwicklung und Umsetzung einer verbindlichen Vorgabe zur Umsetzung von Gender Budgeting in den einzelnen Senatsverwaltungen, um diese zu vereinheitlichen und Vergleichbarkeit herzustellen; die Einführung eines Verfahrens zur verbindlichen Evaluation der erhobenen Daten und Pilotprojekte mit entsprechenden Sanktionsmechanismen;

- die Weiterentwicklung der bestehenden Arbeitsgruppe Gender Budgeting sowie deren Ausstattung mit mehr Ressourcen;
- die Koordinierung von Qualifizierungsmaßnahmen zu Gender Budgeting für das Verwaltungspersonal; die Weiterentwicklung der bestehenden und einzuführenden Verfahren in Bezug auf Menschen, die sich nicht in einem binären Geschlechtersystem verorten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2021 zu berichten.

### ***Begründung***

Zu gerechtem Regierungshandeln gehört eine geschlechtergerechte Haushaltsaufstellung. Konsequenterweise angewendetes Gender Budgeting integriert eine Geschlechterperspektive in alle Entscheidungsprozesse. Unterschiedliche Lebensrealitäten von Frauen und Männern werden deutlich gemacht, die Geschlechterperspektive wird zu einem Entscheidungskriterium für Budget-Entscheidungen.

Aufgrund der Senatsbeschlusslage von 2002 und der Parlamentsauflage seit 2004/2005 sind Gender-Informationen systematischer Bestandteil des Berliner Haushaltsplans. Die Bewertung der vorliegenden Daten im Hinblick auf ein fachpolitisch definiertes Ziel für den jeweiligen Bereich soll zur konkreten (Um)Steuerung von Ressourcen führen.

Bisher wird das Instrument des Gender Budgeting für den Berliner Haushalt jedoch nur vereinzelt angewendet. Bei einigen ausgewählten Titeln und Produkten liegen zwar erhobene geschlechtsspezifische Daten vor, oft erfolgt jedoch eine unzureichende Nutzenanalyse. Umsteuerungsbedarfe werden zu selten erkannt und in Zielformulierungen übersetzt

Verwaltungen werden nicht adäquat auf blinde Flecken hingewiesen und bei der Fortentwicklung ihrer Maßnahmen unterstützt. Darüber hinaus fällt die Umsetzung in den verschiedenen Verwaltungsbereichen sehr unterschiedlich aus. Es sind keine Vergleiche der vorgenommenen Maßnahmen in den Verwaltungen möglich, die erheblich zum Fortschritt des Prozesses beitragen könnten. Auch eine überblickende Bewertung durch die Senatsverwaltung für Finanzen kann nicht vorgenommen werden. Der angestrebte Implementierungsprozess schreitet nicht wie gewünscht voran.

Der Gender Budgeting-Prozess muss einen neuen Impuls erhalten. Der Senator für Finanzen, Dr. Matthias Kollatz, fordert, den nächsten Schritt im Prozess zu gehen und die flächendeckende Nutzung der Daten im jeweiligen fachlichen Rahmen umzusetzen. Die Daten müssen bewertet, genderpolitische Ziele formuliert und mit entsprechenden Instrumenten umgesteuert werden (Gastbeitrag im zwd-Politikmagazin 364b/2018).

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen vom Senat die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Berlin, 16. März 2021

Saleh      Çağlar  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Helm      Schatz      Klein      I. Schmidt  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke

Kapek      Gebel      Kofbinger      Walter  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen